



Berlin

Senatsverwaltung für
Bildung, Jugend und Sport

Landesinstitut für
Schule und Medien



Begleitmaterial für die Sekundarstufe, Klassen 8 bis 11



DEUTSCHER BUNDESTAG

Bundestag macht Schule

Bausteine für die Politische Bildung



Legende der Symbole



Folie für Projektion
oder Kopiervorlage



Für die Tafel
übertragbar



Hintergrundinformation
für den Lehrer



Arbeitsblatt für
die Schüler

Bundestag macht Schule

Thema

Unsere Abgeordneten

von

Olaf Perlwitz und Robert Wache

Bausteine für die Politische Bildung

Bundestag macht Schule
Unsere Abgeordneten

Herausgeber:

Deutscher Bundestag, Referat Öffentlichkeitsarbeit

www.bundestag.de

Berliner Landesinstitut für Schule und Medien

www.lisum.de

Redaktion:

Herbert Fleischhauer (Deutscher Bundestag)

Christoph Hamann (Lisum)

Autoren:

Dr. Olaf Perlwitz,

Lehrer für Geschichte, Politische Bildung und Deutsch
am Gymnasium Hennigsdorf (Brandenburg)

Robert Wache,

Lehrer für Geschichte, Politische Bildung und Deutsch
an der Gesamtschule Falkensee (Brandenburg)

Interviews: Kathrin Gerlof

Gestaltung: Lücken-Design · www.luecken-design.de

Druck: Druckerei JVA Geldern

Bildnachweis: Bildarchiv des Bundestages,
Siegfried Büker, Hans-Günther Oed

Berlin 2004



Die vorliegende Unterrichtseinheit hat es sich in allen Sequenzen zum Ziel gesetzt, ein differenziertes und auf solider Kenntnisbasis beruhendes Bild vom Abgeordneten zu vermitteln und somit auch herrschende Vorurteile abzubauen. Sie versucht, „die Abgeordneten“ – durch exemplarische Beschäftigung mit der Arbeit jeweils eines Vertreters der im Bundestag vertretenen Fraktionen – ihrer Anonymität zu entkleiden und somit zur Versachlichung der Diskussion über die Tätigkeit von Abgeordneten beizutragen.

Ziel des Unterrichts ist es zunächst (1. Sequenz), dass die Schülerinnen und Schüler den Weg eines Abgeordneten vom politisch interessierten Menschen hin zum Abgeordneten im Bundestag nachvollziehen. Am Beispiel des Abstimmungsverhaltens im Bundestag soll anschließend die konkrete Arbeit eines Abgeordneten veranschaulicht werden (2. Sequenz). Im Einzelfall

ist dieses Abstimmungsverhalten bestimmt von der Verantwortung des Abgeordneten gegenüber seinem Wahlkreis (dem Volk), seinem eigenen Gewissen oder den Interessen seiner Partei (Fraktionsdisziplin). Abschließend werden die Schüler aufgefordert, mit Blick auf die Breite der Arbeit eines Abgeordneten für sich selbst zu entscheiden, inwieweit es sich dabei für sie um einen „Traumjob“ handelt (3. Sequenz).

In Bezug auf die zum Einsatz gebrachten Materialien und Methoden gilt, dass „die Abgeordneten“ nicht anonym bleiben, sondern konkrete Gestalt annehmen sollen. Die Reihe insgesamt kann in der vorliegenden Form jederzeit im Politikunterricht durchgeführt werden; sie ist jedoch in besonderer Weise geeignet, eine persönliche Begegnung der Schüler mit Abgeordneten ihres Wahlkreises vorzubereiten.

Abgeordneter im Bundestag – ein Traumjob!?

Thematisierung der Unterrichtsreihe



- 1. Sequenz :** Der Weg ins Parlament – wie gelangt man in den Bundestag?
- 2. Sequenz:** Das Abstimmungsverhalten des Abgeordneten im Bundestag – seinem Gewissen, seinem Wahlkreis oder seiner Fraktion verpflichtet?
- 3. Sequenz:** Abgeordneter im Bundestag – ein Traumjob?



Didaktische Zugangsweise

Anhand der Biographien von Jörg Tauss, SPD, Katherina Reiche, CDU, Peter Hettlich, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und Christoph Hartmann, FDP, erarbeiten die Schülerinnen und Schüler in dieser Sequenz exemplarisch (didaktische Zugangsweise: Exemplarität) den Weg eines Abgeordneten in den Bundestag.

Aufgrund der angestrebten Exemplarität war bei der Auswahl der Abgeordneten die Berücksichtigung aller im Bundestag vertretenen Fraktionen ein wichtiges Kriterium. Darüber hinaus sollten die Volksvertreter aus unterschiedlichen Berufsrichtungen stammen¹ und es sollte gewährleistet sein, dass sie verschiedene Altersgruppen vertreten; dabei wurde aus Gründen der pädagogischen Schülerorientierung ein gewisses Schwergewicht auf Abgeordnete der jüngeren Generation gelegt. Die Politikerin Katherina Reiche vertritt in diesem Zusammenhang zusätzlich sowohl die neuen Bundesländer wie auch die weiblichen Abgeordneten im Bundestag².

Basaltext

Für die spätere Entscheidung, Politiker zu werden, scheint bei vielen Abgeordneten die **Situation in der Familie** wichtig gewesen zu sein. Hier wurde über politische Themen diskutiert und gestritten und damit schon früh ein politisches Interesse geweckt (Aussagen aller vier Abgeordneten). Daraus ergab sich bei allen eine im Einzelfall inhaltlich sehr unterschiedlich orientierte Neigung, sich **bereits in der Jugend politisch oder sozial zu engagieren**. Waren es für den einen kontroverse Diskussionen mit Kurskameraden im Politikunterricht, die ihn den Weg zu einer der politischen Jugendorganisationen finden ließen (Christoph Hartmann), so stritten andere als **Schülervertreter** für die Interessen ihrer Mitschülerinnen und Mitschüler und übten damit bereits als Jugendliche im schulischen Rahmen eine der späteren Tätigkeit als Abgeordneter vergleichbare Funktion aus (Jörg Tauss und Peter Hettlich).

Bei vielen ist zudem ein **auffälliges soziales Engagement** zu beobachten, das von kirchlicher Jugendarbeit bis zu ehrenamtlicher Tätigkeit auf kommunaler Ebene reichen kann (Abgeordnete Tauss und Hettlich). Charakteristisch in diesem Zusammenhang ist die für Frau Reiche fehlende Möglichkeit zur politischen Betätigung in der Schulzeit, die sich aus den politischen Verhältnissen in der DDR ergab, die politische Diskussionen nur im Familienkreis ermöglichten.

Der **Eintritt in eine Partei** erfolgte in der Regel schon im jungen Erwachsenenalter (Hartmann, Tauss und Reiche); nur wenige fanden den Weg in „ihre Partei“ erst relativ spät (Peter Hettlich). Mit dem Eintritt in eine Partei wird die individuelle Entscheidung des jeweiligen Abgeordneten, sich gezielt und in der Gemeinschaft politisch zu betätigen, fassbar. Meist folgten daraufhin einige Jahre intensiver Arbeit in der Partei, bevor die späteren Abgeordneten **von ihrer Partei das Angebot erhielten, für den Bundestag zu kandidieren** (Reiche, Hettlich und Hartmann).

Mit der Kandidatur für ein Abgeordnetenmandat war eine wichtige Voraussetzung auf dem Weg zum Abgeordneten erreicht; das letzte Wort jedoch hatten die Wählerinnen und Wähler.

1) Vgl. Kürschner, Volkshandbuch Deutscher Bundestag. 15. Wahlperiode. Rheinbreitbach, 2003, S.290 über die Berufe der Abgeordneten.

2) Vgl. Kürschner, S.285. Von den insgesamt 602 Abgeordneten des Deutschen Bundestages sind 197 weibliche Volksvertreterinnen.



Didaktisch-methodischer Kommentar

Eingangs der Stunde werden den Schülerinnen und Schülern Porträts von vier Bundestagsabgeordneten präsentiert. Die Schüler erfahren über die vier Abgeordneten deren Namen, ihr Alter und den ursprünglich erlernten Beruf. Im gelenkten Unterrichtsgespräch wird der Blick der Schülerinnen und Schüler auf die Frage gerichtet, wie die Abgeordneten nach Erlernen eines ganz anderen Berufs letztlich Abgeordnete geworden sind. Die oben genannte Thematisierung wird anschließend an der Tafel festgehalten. Die Schüler sind somit über den Sachgegenstand der Stunde (Der Weg ins Parlament) und das sich aus der Leitfrage der Stunde ergebende Stundenziel (wie gelangt man in den Bundestag?) informiert, die ihnen im Stundenverlauf permanent vor Augen bleiben.

In der nun folgenden Erarbeitungsphase werden die Schüler in Kleingruppen eingeteilt (etwa vier Schüler pro Gruppe) und erhalten Arbeitsblätter mit der Lebensbeschreibung jeweils eines der vier Abgeordneten in der Ich-Perspektive. Die Arbeitsblätter enthalten neben den Kurzbiographien ein Bild des Abgeordneten. Das Material soll dazu dienen, den einzelnen Politiker aus seiner zunächst zwangsläufig bestehenden Anonymität herauszuholen und als Individuum erfahrbar zu machen. Aufgabe der Schüler ist es, den Weg der vier Abgeordneten in den Bundestag nachzuvollziehen. Folgende Fragen sollen dabei von ihnen beantwortet werden: Welches sind die entscheidenden Schritte auf dem Weg in den Bundestag gewesen? Und: Warum sind diese Schritte aus Sicht der Abgeordneten wichtig gewesen?

Die hierbei angewandte Methode ist das arbeitsteilige Verfahren in Kleingruppenarbeit; doppelte Erarbeitungen sind dabei durchaus erwünscht, um über die sich daraus ergebende Vergleichbarkeit vollständige Ergebnisse zu gewährleisten. Die Ergebnisse der Gruppenarbeit werden auf einem Plakat festgehalten und anschließend den Mitschülern präsentiert. Im gemeinsamen Unterrichtsgespräch findet eine Synthese der Gruppenergebnisse statt. Dabei sollen die Schülerinnen und Schüler die Gemeinsamkeiten der vier Biographien in den jeweiligen Lebensabschnitten erkennen und benennen. Diese werden an der Tafel festgehalten.

Haben die Schüler bis hierhin die Selbsteinschätzung der Politiker lediglich nachvollzogen, sollen sie anschließend aufgefordert werden, eine eigene Gewichtung vorzunehmen und zu begründen, warum sie der Ansicht sind, dass ein bestimmter der genannten Schritte höher zu bewerten sei als andere. Indem also die Schüler mit den in der Stunde erarbeiteten Informationen umgehen und eine eigene Einschätzung dazu abgeben, werden ihre frisch erworbenen Kenntnisse gefestigt. Das Tafelbild wird zur Sicherung von den Schülern übernommen (siehe Tafelbild S. 11).



Jörg Tauss SPD

* 05.07.1953

Lebensversicherungskaufmann

Mitglied des Bundestages seit 1994



Katherina Reiche CDU

* 16.07.1973

Diplomchemikerin

Mitglied des Bundestages seit 1998



Peter Hettlich

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

* 29.01.1959

Diplomingenieur für Agrarwissenschaften

Mitglied des Bundestages seit 2002

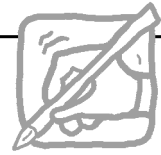


Christoph Hartmann FDP

* 21.05.1972

Diplomkaufmann

Mitglied des Bundestages seit 2002



Der Weg ins Parlament – wie gelangt man in den Bundestag?

Christoph Hartmann,
MdB seit 1998, FDP-Fraktion
Geboren am 21. Mai 1972 in
Essen



»Ein politischer Mensch zu werden, war ein langsamer, aber stetiger Prozess. Ich habe mich sehr häufig mit meinen Eltern über Politik unterhalten. Sie waren in keiner Partei, aber interessiert an politischen Prozessen. Und dann habe ich schon frühzeitig im Fernsehen politische Sendungen gesehen. Damals gab es ja noch nicht so viel – Tagesschau, Internationaler Frühschoppen. Den hat mein Großvater immer verfolgt, fand er gut. Und ich habe Zeitung gelesen. Das finde ich nicht unwichtig, sich täglich über aktuelle Politik zu informieren.

Ich war 17 Jahre alt, als die Mauer fiel. Das hat mich nachhaltig beeindruckt. Ich kannte Berlin, hatte einen Bezug zu der Stadt, was ja nicht auf jeden Menschen zutraf, der in der Bundesrepublik lebte. Schule war natürlich auch wichtig. Im Politik-Leistungskurs lieferte ich mir oft heftige Gefechte mit dem Juso-Vorsitzenden. Oft war es dann so, dass die anderen in der Klasse unseren Redeschlachten nur noch zuhörten, weil sie nicht zu Wort kamen.

Als ich 20 Jahre alt war, nahm mich ein Freund mal mit zu den Jungen Liberalen. Es mag ein wenig komisch klingen, aber ich habe mir auf der Veranstaltung den Vorsitzenden des Kreisverbandes angeschaut und angehört und gedacht: Das kannst du mindestens genauso gut, wenn nicht besser. Ich bin also zu den Jungen Liberalen gegangen und hatte relativ schnell ein Erfolgserlebnis und die Möglichkeit, Politik zu machen, weil es bei uns damals die Jungen Liberalen de facto gar nicht gab. Wir konnten also richtig loslegen. Wir haben eine Umfrage in der Homburger Innenstadt gemacht und Geschäftsleute gefragt, was sie von ihrer Stadt halten. Aus den Ergebnissen der Umfrage haben wir eine Pressemitteilung gemacht und die ist dann groß in der Zeitung erschienen.

Aber Berufspolitiker wollte ich zu dieser Zeit nicht werden. Ich wollte in die Wirtschaft, habe eine Banklehre gemacht und danach Betriebswirtschaftslehre studiert. Damals war mir die Vorstellung, Manager

zu werden, weitaus näher als die Möglichkeit, in die Politik zu gehen. Aber ich hatte Achtung vor Politikern, vor allem auch wegen Menschen wie Hans-Dietrich Genscher, den ich bewundert habe dafür, dass er ununterbrochen gearbeitet hat und sehr überzeugend war.

Einschneidend war mein Aufenthalt in New York. Ich habe die Twin Towers einstürzen sehen, eine Stadt erlebt, die gelähmt und im Kriegszustand war. In diesen Tagen bekam ich einen Anruf aus Deutschland und wurde gefragt, ob ich nicht Landesvorsitzender der FDP im Saarland werden will. Wir brauchen dich, hat man mir gesagt. Da habe ich überlegt, ob ich wirklich will, wirklich Lust habe, wirklich dafür stehe. Und ich habe es gemacht – und nicht bereut.«

40

45

50

**Peter Hettlich,**

MdB seit 2002, Fraktion

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Geboren am 29. Januar 1959

in Köln



»Ich bin in Köln groß geworden und komme aus einer katholischen Familie. Meine Eltern haben immer CDU gewählt. Ich erinnere mich, dass beispielsweise an den Geburtstagen meines Vaters stets heftig über Politik gestritten wurde. Da ging manchmal richtig die Post ab. Das hat mich natürlich geprägt. Außerdem war mein Patenonkel CDU-Bürgermeister in einem kleinen Dorf in der Eifel. Wir haben ihm als Kinder oft beim Aufhängen der Plakate oder sonst beim Wahlkampf geholfen.

Insofern wurde es mir sicher nicht in die Wiege gelegt, dass ich bei den Grünen lande. Und doch ist es so gekommen. Und doch hat es eine Logik.

Aus heutiger Sicht muss ich sagen, dass bei allen Auseinandersetzungen und Differenzen, die wir in der Familie – ich habe noch vier Geschwister – hatten, soziales Engagement und Sensibilität für soziale Themen eine große Rolle gespielt haben. Das prägt auch und nicht wenig.

Es war also unter diesem Gesichtspunkt ganz selbstverständlich, dass ich mich schon als junger Mensch aktiv engagiert habe. Ich war Klassensprecher, ich war in der Katholischen Studierenden Jugend Stadtgruppenleiter, später bei der Bundeswehr wurde ich Sprecher für die Mannschaftsdienstgrade. Ich habe ein Freiwilliges Soziales Jahr in Indien absolviert. Im weitesten Sinne habe ich also früh begonnen, Interessenvertreter zu sein.

Aber ich wollte damals nicht Politiker werden. Ich habe Landwirt gelernt und Agrarwissenschaften studiert, später in verschiedenen Projektierungsbüros gearbeitet, bin 1991 nach Leipzig gegangen und habe mich 1993 mit einem Ingenieurbüro selbstständig gemacht. Vom Bundestag war also keine Rede.

In Bündnis 90/Die Grünen bin ich erst 1998 eingetreten. Da las ich in einem Zeitungsartikel, dass es in Sachsen mehr NPD-Mitglieder gibt als Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen. Das geht so nicht, habe ich gedacht, da sollte man schon was tun. Und ich bin Parteimitglied bei den Grünen geworden. Das hat zwar die Statistik, die ich vorher in der Zeitung gelesen

hatte, nicht wesentlich geändert. Aber ich fand, dass man schon Flagge zeigen muss.

Dann bin ich Sprecher des Kreisverbandes Torgau-Oschatz geworden, das war im Februar 1999. Ein kleiner Kreisverband ist das, aber wir haben richtig was auf die Beine gestellt, beispielsweise ein Jugend-, Kultur- und Umweltzentrum, das E-Werk Oschatz ins Leben gerufen und gebracht.

Ja, und dann bin ich gefragt worden, ob ich für den Bundestag kandidiere. Besonders gut standen die Chancen nicht, aber am Morgen nach dem Wahlabend um sechs Uhr erfuhr ich, dass ich es geschafft hatte.«



Katherina Reiche,
MdB seit 1998,
CDU/CSU-Fraktion,
Geboren am 16. Juli 1973
in Luckenwalde



»1989 war für mich ein wichtiges Jahr, eines, das mich geprägt hat. Ich bin in dieser Wendezeit ein politischer Mensch geworden.

Groß geworden bin ich in einer christlichen Familie.

5 Mein Vater war Unternehmer. Bei uns wurde immer viel über Politik gesprochen. Aber das musste oft im familiären Rahmen bleiben, die Gesellschaft war geprägt von Misstrauen und Indoktrination.

10 1989 aber eröffnete sich für uns die Möglichkeit zur freien politischen Meinungsäußerung. Das war eine gute, eine bedeutsame Erfahrung. Wir haben diese neue Freiheit genutzt, vor allem auch für politisches Engagement. Mein Vater wurde stellvertretender Bürgermeister in einer brandenburgischen Stadt. Meine
15 Mutter ging als Abgeordnete in den Kreistag.

Ich bin also, wie sicher viele Menschen, sehr durch das familiäre Umfeld geprägt worden. Prägung heißt in meinem Fall auch, dass ich gelernt habe, mich einzumischen und nicht nur über Politik zu reden.

20 Trotzdem hätte ich damals, in den ersten Jahren nach der Wende, nie gedacht, dass ich eines Tages im Deutschen Bundestag sitzen werde. Meine Pläne sahen ganz anders aus. Ich hatte in diesen Jahren nicht vor, eine politische Karriere zu machen. Im Gegenteil:
25 Ich habe von 1992 bis 1996 Chemie studiert, in Potsdam, in den USA und in Finnland. Ich habe ein Diplom erworben und 1997 mit einem Promotionsstudium in Potsdam begonnen.

30 Im gleichen Jahr bin ich gefragt worden, ob ich nicht einen Wahlkreis übernehmen und Wahlkampf für die CDU machen will. Ein Jahr zuvor war ich in die Partei eingetreten, nachdem ich mich schon länger in der Jungen Union engagiert hatte. Dass die CDU meine Partei geworden ist, hat mit meinem Glauben zu tun und damit, dass ich mich mit den Inhalten identifizieren kann, die diese Partei vertritt.
35

Die Entscheidung, Politikerin zu werden, oder besser, für den Bundestag zu kandidieren, kam über Nacht. Ich habe das Angebot, den Wahlkreis Potsdam,
40 Potsdam-Mittelmark II und Teltow-Fläming II zu übernehmen, angenommen, ohne dass viel Zeit war, alles

abzuwägen und zu überlegen, was damit verbunden sein wird und daraus folgen kann. Ich kann also sagen: Ich habe mich da in ein Abenteuer gestürzt. Und ich bereue es nicht. Ich kann in der Politik gestalten, Dinge
45 verändern, Prozesse in Bewegung bringen und vor allem für die Menschen etwas tun. Damit verbindet sich ein gutes Gefühl.«



Jörg Tauss,
MdB seit 1994, SPD-Fraktion
Geboren am 5. Juli 1953 in
Stuttgart



»Ich habe als Sohn einer Mesnerin und eines bei der Kirche tätigen Hausmeisters meine Kindheit in einem protestantischen Pfarrhausmilieu verbracht.

Dass ich ein politischer Mensch geworden bin, hat auch die Zeit mit sich gebracht, in der ich groß geworden bin. Ich war 1968 fünfzehn Jahre alt. Da gab es in der Bundesrepublik die Zeit der Studentenbewegung, des Aufbruchs aus verkrusteten Strukturen.

Ich habe mich früh für Politik interessiert und politisch engagiert: in der kirchlichen Jugendarbeit, bei Dritte-Welt-Projekten und als Schülersprecher. Wir haben Flugblätter verteilt und immer für oder gegen etwas gekämpft. Es waren also weniger ganz konkrete Personen, die mich da beeinflusst haben, sondern mehr die Ereignisse und Prozesse. Im negativen Sinne wäre da die von Springer herausgebrachte BILD-Zeitung zu nennen mit ihrer Macht in dieser Gesellschaft. Das hat mich beispielsweise als Schülerzeitungsredakteur sehr beschäftigt. Im positiven Sinne war es unser Schullektor, der selbst ein engagierter Kommunalpolitiker war und der mit uns über die Grundrechte, das Grundgesetz diskutiert hat. Politiker wollte ich damals eigentlich dennoch nicht werden. Obwohl mein Vater mal, vielleicht im Scherz, zu mir gesagt hat: Aus dir wird ein Politiker. Da war ich zehn oder elf. Wir hatten zu Hause aber immer heftige Diskussionen über Politik. Mein Vater kam damals zum Mittagessen heim. Und wenn er kam, wurden um halb eins immer im Radio die Nachrichten gehört. Da musste alles ruhig sein. Also haben wir auch Nachrichten gehört und wussten, was so in der Welt passierte.

Mit 16 habe ich mich dann entschlossen, in die SPD einzutreten. Wir hatten bei uns Auseinandersetzungen um ein Jugendhaus und die weit älteren Kommunalpolitiker haben uns nicht richtig unterstützt. Mein Klassenlehrer war damals übrigens sogar Ortsvereinsvorsitzender der SPD. Er wollte mich allerdings gar nicht in der Partei haben, denn wir hatten viele Konflikte. So bin ich dann erst mit 17 aufgenommen worden.

Anschließend habe ich nach einer Lehre lange Jahre Jugendarbeit gemacht und ehrenamtlich ein bisschen Kommunalpolitik. Die Frage Bundestag hat sich allerdings erst viel später gestellt, als ich schon 40 Jahre alt war.

1986 habe ich bei der IG Metall angefangen zu arbeiten. In diesem Jahr war Bundestagswahl und ich habe den damaligen SPD-Kandidaten unterstützt. Der sollte 1990 noch mal antreten, hat es dann aber nicht getan. Und da bin ich gefragt worden, ob ich es machen würde. Da war die Liste eigentlich schon geschlossen. Und so bin ich auch nicht in den Bundestag gekommen. Das kam erst vier Jahre später.«

Der Weg ins Parlament – wie gelangt man in den Bundestag?



<p>Jörg Tauss</p> <ul style="list-style-type: none"> • in der Familie heftige Diskussionen über Politik • engagiert sich in der kirchlichen Jugendarbeit und bei Dritte-Welt-Projekten • ist Schülersprecher • entschließt sich mit 16, in die SPD einzutreten, und wird mit 17 aufgenommen • macht Jugendarbeit und ehrenamtlich Kommunalpolitik • arbeitet in der IG-Metall • wird 1990 gefragt, ob er als Kandidat für den Bundestag antreten will • wird 1994 über die Landesliste in den Bundestag gewählt 	<p>Katherina Reiche</p> <ul style="list-style-type: none"> • in der christlichen Familie wird viel über Politik gesprochen, dies muss aber aufgrund der gesellschaftlichen Umstände in der DDR im familiären Rahmen bleiben • hat (zunächst) nicht vor, politische Karriere zu machen, sondern studiert Chemie • engagiert sich in der Jungen Union • übernimmt 1997 einen Wahlkreis und macht für die CDU Wahlkampf • Entscheidung, für den Bundestag zu kandidieren, kommt über Nacht 	<p>Peter Hettlich</p> <ul style="list-style-type: none"> • in der Familie wird heftig über Politik gestritten • in der Familie spielt soziales Engagement und Sensibilität für soziale Themen eine große Rolle • ist Klassensprecher und Stadtgruppenleiter in der Katholischen Studierenden Jugend • ist bei der Bundeswehr Sprecher für die Mannschaftsdienstgrade • wird 1998 Parteimitglied von Bündnis 90/Die Grünen • wird im Februar 1999 Sprecher des Kreisverbandes Torgau-Oschatz • wird gefragt, ob er für den Bundestag kandidiert, trotz schlechter Chancen wird er gewählt 	<p>Christoph Hartmann</p> <ul style="list-style-type: none"> • in der Familie wird häufig über Politik gesprochen • liefert sich im Politik-Leistungskurs oft heftige Gefechte mit dem Jusos-Vorsitzenden • geht mit 20 Jahren zu den Jungen Liberalen und macht aktiv Politik, will jedoch (zunächst) nicht Berufspolitiker werden • wird im Herbst 2001 nach einer Anfrage Landesvorsitzender der FDP im Saarland 	<p>Gemeinsamkeiten</p> <ul style="list-style-type: none"> • über politische Themen wird in der Familie diskutiert und gestritten • bereits in der Jugend politisch oder sozial engagiert • Eintritt in eine Partei in der Regel schon im jungen Erwachsenenalter • erhalten von ihrer Partei das Angebot, für den Bundestag zu kandidieren
--	---	--	--	---



Didaktische Zugangsweise

Die Sequenz folgt der didaktischen Zugangsweise der Problemorientierung. Der Abgeordnete steht in der praktischen Arbeit im Bundestag bei Abstimmungen immer wieder vor der Frage, ob er sich im Zuge bestimmter Entscheidungen nach seinem Gewissen, den Interessen seines Wahlkreises oder den Vorgaben seiner Fraktion richtet. Bei vielen Abstimmungsvorgängen befinden sich die genannten drei Faktoren im Einklang miteinander. Tun sie es in bestimmten Fällen nicht, steht der Abgeordnete vor einem Problem.

Da auf die Leitfrage dieser Sequenz (seinem Gewissen, seinem Wahlkreis oder seiner Fraktion verpflichtet?) keine einfache Antwort möglich ist, sondern zu ihrer Klärung ein Komplex von Fragestellungen beantwortet werden muss, spricht man in der Didaktik von einer Problemorientierung als didaktischer Zugangsweise. Mithilfe exemplarischer Entscheidungsfragen soll dieses Problem den Schülerinnen und Schülern dargestellt werden.

Basaltext

Wenn man sich die Arbeit eines Abgeordneten genauer ansieht, erkennt man, dass sein Beruf permanent von ihm fordert, Entscheidungen zu treffen. Dabei ist es durchaus nicht so, dass er nur auf einen Knopf drücken muss, um seine Entscheidungen zu fällen. Bei der Entscheidungsfindung muss er oft mehrere Interessen berücksichtigen. Eigentlich schreibt das Grundgesetz, dass der Abgeordnete bei all diesen Entscheidungen allein **seinem Gewissen verpflichtet** sein soll (Kategorie 1). Allerdings ist er in der politischen Praxis durchaus gewissen Regeln unterworfen, da er nicht als einzelner, sondern als Vertreter einer Partei in den Bundestag gewählt wurde. Das Grundgesetz schreibt den Parteien ausdrücklich ein Mitwirkungsrecht an der politischen Willensbildung zu (Art. 21 GG) und setzt so dem freien Mandat eines Abgeordneten Grenzen. Die **Fraktionsdisziplin** (Verpflichtung gegenüber der Fraktion/Partei – Kategorie 2) erwartet vom Abgeordneten in der Regel eine Einordnung in das Interesse der Gesamtfraktion³. Zudem verlangen die **Wähler seines Wahlkreises**, dass er sich für die Interessen ihrer Region stark macht (Verpflichtung gegenüber dem Wahlkreis – Kategorie 3).

Befragt man die Politiker, auf welchen der genannten Faktoren ihre Entscheidungen im Bundestag vor allem gründen, betonen sie die Abhängigkeit vom Gegenstand, der jeweils zur Abstimmung steht (verschiedene Betrachtungsebenen). Geht es um grundlegende politische Weichenstellungen in Fragen von Haushalts-, Steuer- oder Gesundheitspolitik, so weiß sich der Politiker meist einig mit der von seiner Fraktion erarbeiteten Haltung. In diesem Zusammenhang ist es für die Abgeordneten von entscheidender Bedeutung, dass sie auf das Zustandekommen ihrer „Fraktionslinie“ in der vor der eigentlichen Abstimmung im Bundestag stattfindenden innerparteilichen Diskussion Einfluss ausüben können. Bleiben sie mit ihren eigenen Vorstellungen in der eigenen Fraktion in der Minderheit, hängt es von der jeweils zu entscheidenden Frage ab, ob sie bei der anschließenden Abstimmung im Bundestag ihrem Gewissen oder der Fraktionsdisziplin folgen.

Wenn man sich eine Reihe von Entscheidungsfragen ansieht, welche die Abgeordneten tagtäglich beantworten müssen, erkennt man, dass es von Fall zu Fall sinnvoll sein kann, wenn sie dabei einmal ihrem Gewissen folgen, dann wiederum die Interessen ihres Wahlkreises wahrnehmen oder schließlich gemeinsam mit ihren Fraktionskollegen stimmen.

³) Vgl. Blickpunkt Bundestag. Sonderthema: Unsere Abgeordneten, S.3.



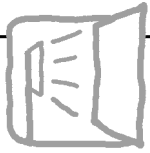
Didaktisch-methodischer Kommentar

Zu Beginn der Stunde wird eine Bildfolie projiziert, die zwei verschiedene Abstimmungsverfahren im Bundestag zeigt. Neben dem üblichen Verfahren durch Handzeichen lernen die Schüler die geheime Abstimmung mit Stimmkarte und Wahlkabine kennen. Nach einer kurzen Bildbeschreibung wird durch Lehrerimpuls zu der Frage übergeleitet, welche Faktoren das Abstimmungsverhalten eines Abgeordneten bestimmen können. Als unterstützendes Material kommen hier Ausschnitte aus dem Grundgesetz zur Anwendung (Art. 38 und 21). Es muss sichergestellt sein, dass neben der Thematisierung folgende Faktoren an der Tafel festgehalten werden: Gewissensentscheidung, Verantwortung gegenüber den Wählerinnen und Wählern des Wahlkreises sowie Fraktionsdisziplin.

In der folgenden Erarbeitungsphase erhalten die Schülerinnen und Schüler ausgewählte Politikeräußerungen zur Auswertung, in denen diese erläutern, nach welchen Kriterien sie im Bundestag Entscheidungen fällen. Die Schüler erkennen dabei, dass die bereits an der Tafel fixierten Kategorien auch von den Abgeordneten angesprochen werden. Die Äußerungen der Abgeordneten enthalten außerdem zunächst noch recht allgemein gehaltene Beispiele von Abstimmungsgegenständen, bei denen die einzelnen Kategorien (Verpflichtung gegenüber dem Gewissen, Verpflichtung gegenüber der Fraktion, Verpflichtung gegenüber dem Wahlkreis) für sie ausschlaggebend sind. Diese werden von den Schülern aus dem Interviewtext herausgearbeitet, benannt, den jeweiligen Kategorien zugeordnet und an der Tafel festgehalten (siehe Tafelbild S. 19). In dieser Erarbeitungsphase bietet es sich an, auf die in der vorhergegangenen Sequenz gebildeten Arbeitsgruppen zurückzugreifen und die Interviews im arbeitsteiligen Verfahren bearbeiten zu lassen.

Anschließend bekommen die Schüler konkrete Fallbeispiele von Gegenständen, die im Bundestag zur Abstimmung gelangt sind, nacheinander vorgelegt. Nachdem der Sachgegenstand kurz vom Lehrer erläutert worden ist, sollen die Schüler entscheiden, welche Kategorie ihrer Meinung nach beim Abstimmungsverfahren leitend sein sollte. Wichtig ist hierbei, dass sie ihre Entscheidungen begründen und damit die Kriterien herleiten, die sie jeweils den drei Kategorien zuordnen würden. Eine kontroverse Diskussion im Klassenverband ist hierbei durchaus erwünscht; jedoch

muss der unterrichtende Lehrer darauf achten, dass die Schüler dabei ihre Urteile transparent machen (auf bestimmte Kategorien bezogene Kriterien klar benennen). Am Ende jeder Diskussion einer Entscheidungsfrage teilt der Lehrer den Schülern das tatsächliche Abstimmungsverhalten der Abgeordneten im Deutschen Bundestag mit, ohne dass damit eine zuvor erreichte abweichende Standortbestimmung durch die einzelnen Schüler infrage gestellt werden soll. Indem die Schüler somit am Ende der Sequenz in die Situation von Abgeordneten hineinversetzt werden (handlungsorientiertes Vorgehen), wird ihnen die der Stunde zugrunde liegende Problemstellung nachvollziehbar gemacht.



**Das Abstimmungsverhalten des Abgeordneten im Bundestag –
seinem Gewissen, seiner Partei oder dem Wahlkreis verpflichtet?**



**Grundgesetz für die
Bundesrepublik Deutschland**

**Artikel 38
Wahlrechtsgrundsätze;
Rechtsstellung der Abgeordneten**

(1)
Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Sie sind Vertreter des Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.

**Grundgesetz für die
Bundesrepublik Deutschland**

**Artikel 21
Parteien**

(1)
Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ihre Gründung ist frei. Ihre innere Ordnung muss demokratischen Grundsätzen entsprechen. Sie müssen über die Herkunft und Verwendung ihrer Mittel sowie über ihr Vermögen öffentlich Rechenschaft geben.



Wie stimmen Sie im Bundestag ab, Herr Hartmann?

Herr Hartmann, nach welchen Kriterien treffen Sie im Deutschen Bundestag Entscheidungen, wovon machen Sie ein Ja, ein Nein oder eine Stimmenthaltung abhängig?

5 »Ich finde, man muss bei Abstimmungen unterscheiden zwischen Sachen, die man wirklich selbst und aus fachlicher Sicht beurteilen kann, und Dingen, bei denen andere besser Bescheid wissen. Es wäre arrogant zu behaupten, dass man als Abgeordneter jede Gesetzesvorlage, jeden Antrag inhaltlich genau versteht. Da gibt es also viele Abstimmungen, bei denen verlasse ich mich auf die fachpolitischen Sprecher meiner Fraktion und auf den in der Fraktion erarbeiteten Konsens. So, wie sich die Fraktion beispielsweise im Bildungs-

10 bereich auf mein Urteil und meine Empfehlungen verlässt.«

Lassen sich Gewissen und Fraktionsdisziplin immer in Übereinstimmung bringen?

20 »Bei großen Themen – Finanzen, Gesundheitspolitik, Sozialpolitik – muss man die Balance finden zwischen dem eigenen Gewissen und der Fraktionsdisziplin, wobei sich das ja oft überhaupt nicht widerspricht. Das ist in der Opposition oft einfacher als in der Regierung, wo die Sachzwänge größer sind.

Wenn es um Glaubensfragen geht, um ethische Fragen, kann und will ich nur meinem Gewissen folgen, wenn ich Entscheidungen treffe. Aber dann ist die Fraktionsdisziplin sowieso aufgehoben.«

Und welche Rolle spielt der Wahlkreis bei Ihren Entscheidungen?

30 »Es kann natürlich passieren, dass etwas entschieden werden soll, was den Interessen der Menschen in meiner Heimat, in meinem Wahlkreis, zuwiderläuft. Dann votiere ich im Interesse der Menschen, die mich gewählt haben und der Menschen, die dort leben, wo ich gewählt wurde.«

**Wie stimmen Sie im Bundestag ab, Herr Hettlich?**

Herr Hettlich, nach welchen Kriterien treffen Sie im Deutschen Bundestag Entscheidungen, wovon machen Sie ein Ja, ein Nein oder eine Stimmenthaltung abhängig?

5 »An erster Stelle steht das Gewissen, selbst in den Fällen, wo andere vielleicht sagen, dies sei keine Gewissensentscheidung, denn hier ginge es nur um reine Sachfragen.

Ich überlege bei jeder Entscheidung, die ich treffen
10 muss, vor jeder Abstimmung, ob ich damit ein Problem habe und wenn ja, wie dieses Problem lautet. Erst in zweiter Linie bedenke ich dann, wie meine Entscheidung sich auf die Koalition, die Mehrheiten im Bundestag, auswirkt.«

15 *Heißt das, Fraktion und Partei spielen für Sie keine Rolle, wenn Sie Entscheidungen treffen?*

»Man ist ja in einer Partei, weil man sich mit ihren wichtigsten Zielen und Grundsätzen identifiziert.
20 Deshalb stimmt die Gewissensentscheidung natürlich sehr oft mit den Vorschlägen der Fraktion oder Partei oder Koalition überein.

Trotzdem gibt es Konflikte. Logisch. In vielen Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik beispielsweise, aber
25 auch bei vielen Abstimmungen, die soziale Fragen betreffen. Die Hartz-Gesetze sind so ein Fall gewesen. Bei Hartz IV war für mich persönlich die Schmerzgrenze erreicht. Wenn es um Gentechnik in der Landwirtschaft geht, hänge ich mich sehr stark rein. Ich bin mit
30 Leib und Seele Landwirt gewesen.«

Was passiert, wenn Sie in Konflikt mit der Mehrheitsmeinung in Ihrer Fraktion geraten?

»Ich finde, dass wir in der Fraktion sehr gut mit
35 Konflikten umgehen. Es wird hart und ehrlich diskutiert und wenn jemand große Bedenken hat, wird er meistens ernst genommen. Der Umgang ist recht fair, abweichende Meinungen werden meistens akzeptiert.

Deshalb bin ich ja auch bei den Grünen, weil für
40 mich sehr wichtig ist, wie mit unterschiedlichen Auffassungen umgegangen wird.«



Wie stimmen Sie im Bundestag ab, Frau Reiche?

Frau Reiche, nach welchen Kriterien treffen Sie im Deutschen Bundestag Entscheidungen, wovon machen Sie ein Ja, ein Nein oder eine Stimmenthaltung abhängig?

5 »Das hängt wirklich sehr vom Gegenstand der Debatte ab. Und natürlich davon, dass ich als Politikerin immer auch Teil einer Fraktion bin. Wenn es beispielsweise um Themen wie Steuerpolitik, Gesundheitspolitik, Haushaltspolitik geht, dann ist der Abgeordnete, so
10 finde ich, damit auch in der Pflicht, im Konsens mit den Fraktionskolleginnen und Fraktionskollegen abzustimmen.«

Heißt das, der Fraktionsvorstand gibt vor, wie zu entscheiden ist, und man muss nur noch die Hand heben?

15 »Natürlich nicht. Es besteht ja im Vorfeld solcher Abstimmungen im Plenum die Möglichkeit, sich in die Debatte einzubringen und seine Meinung zu sagen.
20 Da geht es in den Fraktionssitzungen manchmal hoch her. Und diskutiert wird eben, bis sich die Fraktion auf eine gemeinsame Vorgehensweise einigen kann.

Außerdem hat jede und jeder Abgeordnete die Möglichkeit, gehört zu werden – beispielsweise in Ausschüssen, Arbeitsgruppen. Das sind Gremien, in denen
25 inhaltlich diskutiert wird, Experten zu Wort kommen, fachpolitische Sprecherinnen und Sprecher.«

Trotzdem passiert es doch sicher, dass auch am Ende eines solchen Diskussionsprozesses nicht alle einer Meinung sind.

30 »Wenn eine Mehrheit zu einem Ergebnis kommt, wie abzustimmen ist, dann habe ich das auch zu akzeptieren. Es ist ein demokratischer Prozess. Und ich finde,
35 das ist dann auch Teil der Verantwortung, die ich selbst habe. Wir wissen alle, dass diese Gesellschaft und natürlich auch die Politik auf Kompromissen baut und dass man die gefundenen und erstrittenen Kompromisse auch akzeptieren muss, wenn man zur
40 Minderheit gehört.«

Und wenn sich die Mehrheitsentscheidung nicht mit dem eigenen Gewissen vereinbaren lässt? 41

45 »Man entscheidet sich ja für eine Partei, mit deren Zielen und Grundsätzen man einverstanden ist. Es gibt natürlich Fragen, da sagt die Fraktion von vornherein, dass hier jede und jeder frei entscheidet, unabhängig von Mehrheiten. Da sind dann die persönlichen Überzeugungen das Wichtigste, beispielsweise bei Entscheidungen, die zum Thema Bioethik getroffen werden.« 50

**Wie stimmen Sie im Bundestag ab, Herr Tauss?**

Herr Tauss, nach welchen Kriterien treffen Sie im Deutschen Bundestag Entscheidungen, wovon machen Sie ein Ja, ein Nein oder eine Stimmenthaltung abhängig?

5 »Wenn man eine Hierarchie festlegen muss, dann steht bei gewichtigen Themen sicher das Gewissen an erster Stelle.

Ansonsten muss man deutlich zwischen Oppositionszeit und Regierungszeit unterscheiden. In Regierungszeiten werden oft mit knappen Mehrheiten Beschlüsse durchgesetzt. Da gibt es selbstverständlich auch eine Verpflichtung seiner Fraktion, der Koalition und der Regierung gegenüber.«

15 *Das heißt, in Regierungszeiten bestimmt die Fraktion, wo es langgeht?*

»Natürlich zusammen mit der Regierung. Wenn ich von etwas wirklich gar nicht überzeugt bin, habe ich natürlich schon im Vorfeld bessere Möglichkeiten der Einwirkung als in der Opposition. Ich habe in der Vergangenheit durchaus schon gegen meine Fraktion gestimmt. Beispielsweise beim damaligen Telekommunikationsgesetz, das ich für schlecht hielt. Dies führte natürlich zu einer sehr unfreundlichen Rücksprache mit dem damaligen Fraktionsvorsitzenden Scharping. Ungeachtet von solchen Sachfragen gibt es natürlich Gesetze, wo man ausschließlich nach seinem Gewissen entscheiden muss. Die Forschung an embryonalen Stammzellen gehört zum Beispiel dazu.«

30 *Ist es schwierig, sich Mehrheiten unterzuordnen, wenn es um Abstimmungen geht?*

»Sicher, wenn man selbst für eine andere Mehrheit gekämpft hat. Ich komme allerdings aus dem gewerkschaftlichen Bereich, wo die Fragen von Disziplin und Vertretung von Mehrheitsinteressen schon eine große Rolle gespielt haben. Mir war immer klar, dass die Minderheit die Meinung der Mehrheit akzeptieren muss. So funktioniert Demokratie. In der Gewerkschaft war eine einheitliche Meinung nach außen weitaus stärker gewollt und viel selbstverständlicher als in meiner

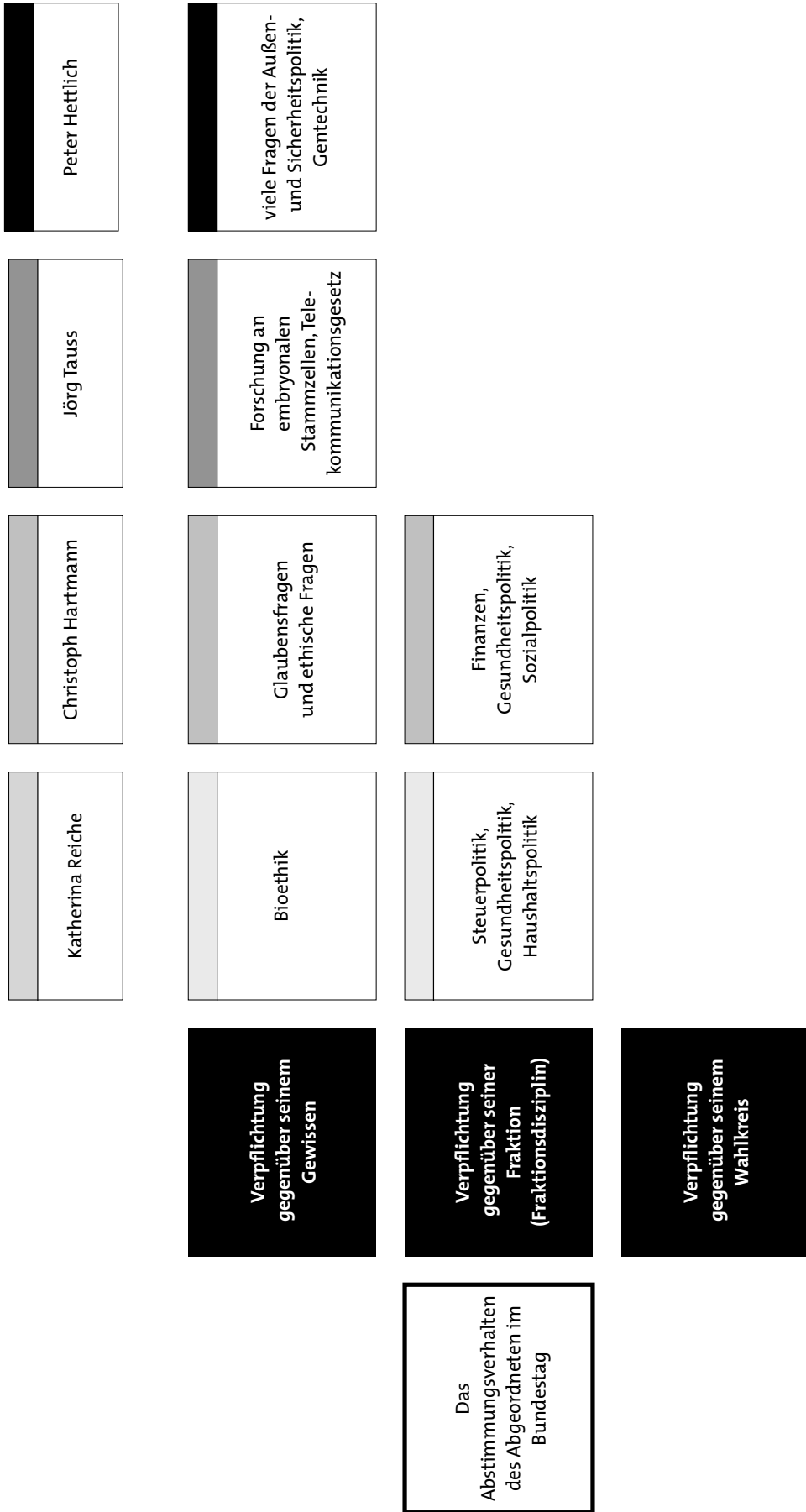
Partei. Wir haben hier in der Fraktion durchaus heftige Auseinandersetzungen über den richtigen Weg. Ich finde es nicht schwer, am Ende die erarbeitete Mehrheitsmeinung bei der Abstimmung zu unterstützen.«

41
45 *Spielt der Wahlkreis dabei überhaupt eine Rolle?*

»Natürlich. Aber ich stimmte beispielsweise nicht gegen den Bundesverkehrswegeplan, nur weil die eine oder andere Straße in meinem Wahlkreis nicht gebaut oder saniert werden kann. Nicht alles lässt sich überall sofort realisieren. Also hier wägt man immer ab und entscheidet nach Inhalten.«



Das Abstimmungsverhalten des Abgeordneten im Bundestag –
seinem Gewissen, seiner Fraktion oder seinem Wahlkreis verpflichtet?





Gegenstand der Abstimmung: **Stammzell- und Embryonenforschung**

Termin der Abstimmung: 25. April 2002

**Erläuterungen und
Hintergrundinformationen:**

Nach großen Debatten am 30. Januar und am 25. April 2002 schloss der Bundestag seine Beratungen ab und legte für Deutschland ein ausdrückliches Verbot der Züchtung von Embryonen zu Forschungszwecken fest, erlaubte jedoch den Import von Stammzellen in für die medizinische Grundlagenforschung nachweislich besonders wichtigen Fällen. Einerseits sollte damit gewährleistet werden, dass Deutschland in Bezug auf die medizinische Erforschung von Erbkrankheiten und deren Heilung international nicht ins Hintertreffen geriet, andererseits sollte in Anbetracht der besonderen historischen Erfahrung der Deutschen die Würde und der Schutz des menschlichen Lebens nicht aus dem Blick geraten.

Infos zur Abstimmung:

Die Fraktionsbindung war in der Erörterung und Abstimmung dieser ethisch komplizierten Frage aufgehoben.

Der Gesetzesvorschlag wurde mehrheitlich angenommen.

**Gegenstand der Abstimmung:****Mazedonien-Einsatz der Bundeswehr****Termin der Abstimmung:**

29. August 2001

**Erläuterungen und
Hintergrundinformationen:**

Zur Beilegung des Konflikts zwischen albanischen Rebellen und der slawischen Mehrheit in Mazedonien hatte die NATO einen Friedensplan ausgearbeitet, der als ersten Schritt für eine friedliche Beendigung des Konflikts die Entwaffnung beider Parteien vorsah. Im Rahmen dieser NATO-Aktion, die unter französischem Kommando stattfinden sollte, war nun im Bundestag über die seitens der NATO erwünschte deutsche Beteiligung durch Entsendung von 300 Bundeswehrsoldaten abzustimmen. Die Regierung stand dieser Anfrage grundsätzlich positiv gegenüber, verschiedene Abgeordnete der Regierungsparteien (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD) hatten aus grundsätzlich pazifistischen Erwägungen jedoch Probleme mit ihrer Zustimmung zu diesem Entschluss. Die CDU hielt den Einsatz wegen zu schlechter Ausrüstung und Vorbereitung der deutschen Soldaten zunächst für bedenklich, die Parteiführung erklärte sich jedoch kurz vor der Abstimmung zur Zustimmung bereit.

Infos zur Abstimmung:

Das Abstimmungsverhalten war im vorliegenden Fall ausdrücklich von der Fraktionsdisziplin entbunden. 19 Abgeordnete der Regierungsparteien sowie 61 CDU-Abgeordnete stimmten gegen die Entsendung, die dennoch mit eindeutiger Mehrheit beschlossen wurde.



Gegenstand der Abstimmung: Teile der Reformgesetzgebung
Agenda 2010

Termin der Abstimmung: 26. September 2003

Erläuterungen und Hintergrundinformationen:

Als Teile des von der Regierung Schröder geplanten Programms zum Umbau des Sozialstaats (die so genannte Agenda 2010) kamen ein zuvor in Verhandlungen mit der Opposition ausgehandeltes Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung sowie ein Gesetz für Maßnahmen am Arbeitsmarkt zur Abstimmung.

Im Zuge der so genannten Gesundheitsreform sollte die Finanzierung durch Beitragssenkungen und sozial gerechte Zuzahlungs- und Befreiungsregelungen neu geordnet sowie die Qualität des Gesundheitswesens verbessert werden. Für das Jahr 2004 wurde ein Entlastungsvolumen von 10 Mrd. Euro für die Krankenkassen voraus geschätzt. In der Öffentlichkeit ist vor allem die Zuzahlung durch die Patienten intensiv diskutiert worden.

Die wichtigste Maßnahme am Arbeitsmarkt sah Erleichterungen beim Abschluss befristeter Arbeitsverträge, Änderungen des Kündigungsschutzes und für die Zukunft die Verkürzung der Anspruchsdauer für das Arbeitslosengeld vor.

Beim Arbeitslosengeld II gibt es bundesweit zwei unterschiedliche Pauschalen: Das Arbeitslosengeld II beträgt 345 Euro monatlich in den alten und 331 Euro in den neuen Bundesländern.

Das Sozialgeld beträgt zum Beispiel für Kinder unter 14 Jahre im Westen 207 Euro, im Osten 199 Euro. Hinzu kommen wenn nötig Unterkunfts- und Heizkosten.

Eigenes Vermögen wird angerechnet, wenn es die jeweils geltenden Freibeträge übersteigt. Freibeträge für Zuverdienste werden gegenüber der bisher geltenden Sozialhilfepraxis angehoben, um so stärkere Arbeitsanreize zu schaffen.

Beim Übergang vom Arbeitslosengeld I zum Arbeitslosengeld II wird für zwei Jahre ein Zuschuss gezahlt. Er wird nach dem ersten Jahr halbiert.

Infos zur Abstimmung:

Ein Aussetzen der Fraktionsdisziplin fand bei der Abstimmung über die beiden Gesetzesvorlagen nicht statt. Durch den im Bereich der Gesundheitsreform erzielten Kompromiss mit den Unionsparteien war jedoch eine solide Mehrheit für das Reformprogramm von vornherein gesichert. Für Bundeskanzler Schröder kam es dennoch darauf an, eine eigene Koalitionsmehrheit für die beiden Reformgesetze zustande zu bringen, um damit die Handlungsfähigkeit seiner Regierung im angestrebten Reformprozess unter Beweis zu stellen. Für viele Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD stellte die Zustimmung zu einem Gesetz, das in ihren Augen den Sozialabbau vorantrieb und damit den im vorangegangenen Wahlkampf gemachten Aussagen widersprach, eine Gewissensentscheidung dar.

Beide Gesetze wurden mehrheitlich angenommen; es kam für beide eine Regierungsmehrheit zustande.



Didaktische Zugangsweise

Ziel der vorliegenden Sequenz ist es, die Schüler zu einer differenzierten, nachvollziehbaren und begründeten Stellungnahme zur Leitfrage der Sequenz zu befähigen. In diesem Sinne verfolgt die Sequenz die didaktische Zugangsweise der Differenzierung. Da die Schüler im Zuge ihrer begründeten Stellungnahme sowohl ihre Kriterien (voraussichtlich beispielsweise „viel Geld verdienen“) als auch die von ihnen gewählten Betrachtungsebenen (bezogen auf das eben genannte Kriterium: „Entlohnung“) transparent machen müssen und dadurch eine komplexe Urteilsstruktur vorliegt, spricht die Didaktik hier auch von einer Problemorientierung.

Basaltext

Eine Antwort auf die Frage, was man eigentlich unter einem Traumjob zu verstehen habe, wird vom Einzelnen höchst unterschiedlich beantwortet. Für den einen ist ein Beruf dann besonders attraktiv, wenn er dem Ausübenden möglichst viel freie Zeit lässt; anderen kommt es vor allem auf ein hohes Einkommen an. Dafür sind manche auch bereit, mehr Stunden zu arbeiten als der Durchschnitt der Bevölkerung. Ein weiterer wichtiger Punkt für die meisten ist, dass der Job auch Spaß machen soll. In Abhängigkeit von persönlichen Neigungen und Vorlieben kann so ein Traumjob ganz unterschiedlich aussehen.

Wenn man sich den Arbeitskalender eines Abgeordneten ansieht, ist sein Beruf schon mal nichts für Leute, denen es in ihrem Job auf ein hohes Maß an Freizeit ankommt. Aus demselben Grund ist die Arbeit eines Abgeordneten mit oft 60 bis 80 Arbeitsstunden pro Woche sicherlich nicht besonders familienfreundlich, von Treffen mit Freunden mal ganz abgesehen. Das Einkommen eines Abgeordneten beträgt 7.009 Euro brutto im Monat. Das ist eine Menge Geld im Vergleich zu einem Brummifahrer, der lediglich etwa 2.200 Euro brutto verdient. Es gibt aber auch Berufe, die besser bezahlt werden, zum Beispiel erhält der Fluglotse 7.250 Euro Bruttogehalt und eine Unternehmensberaterin 8.600 Euro. Für jemanden, der gern mit Menschen zusammenarbeitet und daran interessiert ist, politisch etwas zu bewegen, ist die Tätigkeit als Abgeordneter schon etwas sehr Reizvolles.

Ob man nun abschließend den Beruf eines Abgeordneten als Traumjob einstuft oder nicht, hängt davon ab, auf welche Kriterien eines Traumjobs man dabei vor allem Wert legt.



Didaktisch-methodische Entscheidungen

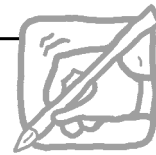
Die Schüler sollen sich zu Beginn der Stunde zunächst individuell und schriftlich zu der Frage äußern, was sie unter einem Traumjob verstehen. Dabei sollen sie vor allem Kriterien zu den Bereichen „Entlohnung“, „Arbeitszeit“, „Freizeit“, „Sinnggebung“ und „Familienfreundlichkeit“ finden. Damit werden die Kategorie der Stunde und wichtige Betrachtungsebenen vorgegeben.

Anschließend fordert der Lehrer die Schüler auf, sich in Kleingruppen zusammzusetzen, sich die von ihnen aufgestellten Kriterien gegenseitig vorzustellen und zu begründen sowie nach erfolgter Konsensbildung gemeinsame Kriterien für einen Traumjob auf einem Plakat festzuhalten. Die Plakate werden gut sichtbar im Klassenraum aufgehängt.

Der Lehrer informiert die Schüler nun über die vollständige Thematisierung der Sequenz, indem er den Sachgegenstand einführt (Abgeordneter im Bundestag – ein Traumjob!?) und an der Tafel fixiert.

Um die Leitfrage der Stunde – nunmehr bezogen auf die Tätigkeit als Abgeordneter – beantworten zu können (stimmt diese Tätigkeit mit den zuvor von den Schülern definierten Kriterien für einen Traumjob überein?), muss den Schülern Material zur Verfügung gestellt werden, das in den zuvor genannten Bereichen (Betrachtungsebenen) über den Alltag der Abgeordneten informiert. Daher erhalten die Schüler in der nun folgenden Erarbeitungsphase folgendes Material zur Auswertung: Wochenarbeitspläne der Abgeordneten Hartmann und Tauss (Betrachtungsebenen „Freizeit“/ „Arbeitszeit“), eine Übersicht über die Einkommensverhältnisse von Abgeordneten im Vergleich zu anderen Berufsgruppen (Betrachtungsebene „Entlohnung“) sowie Selbsteinschätzungen der vier bereits bekannten Abgeordneten zu der Frage, ob es sich bei ihrer Tätigkeit um einen Traumjob handelt (sämtliche Betrachtungsebenen). Erstrebenswert in Bezug auf die zu wählende Sozialform wäre in dieser Arbeitsphase eine Weiterführung der Kleingruppenarbeit, da die am Anfang der Sequenz gemeinsam aufgestellten Kriterien von den Mitgliedern der Kleingruppe nunmehr interaktiv überprüft werden sollen. Zuvor sollen die Schüler das zur Verfügung gestellte Material jedoch in Einzelarbeit selbstständig erfassen.

Im anschließenden Unterrichtsgespräch beurteilen die Schüler im Rückgriff auf die von ihnen auf den Plakaten festgehaltenen Kriterien, inwieweit es sich beim Beruf des Abgeordneten um einen Traumberuf handelt. Dieses Urteil fällt vermutlich von Schüler zu Schüler sehr unterschiedlich aus, je nachdem, welche Betrachtungsebene vorrangig herangezogen wird.



Ein Traumjob, Frau Reiche?

»Für mich ist die Arbeit als Abgeordnete des Deutschen Bundestages eine unglaublich spannende und auch erfüllende Aufgabe.

Es ist eine wichtige Arbeit, die mir Spaß macht und bei der ich das Gefühl habe, etwas zu erreichen und zu bewegen. Im Bundestag habe ich die Chance, politisch Einfluss zu nehmen, Politik selbst mitzugestalten und über Mehrheiten Dinge und Verhältnisse verändern zu können.

Aber ich arbeite zwischen 60 und 80 Stunden in der Woche. Und ja, ich vermisse manchmal Zeit. Für mich persönlich nicht so sehr. Aber ich hätte gern mehr Zeit für die Kinder.«

Ein Traumjob, Herr Hartmann?

»Wenn mit Traumjob gemeint ist, dass er möglichst vielen Menschen gefällt, mit viel Geld und wenig Arbeit verbunden ist, dann habe ich hier ganz gewiss keinen Traumjob.

Wenn damit gemeint ist, dass eine Arbeit Freude bereitet, weil man viele Menschen kennen lernt, etwas bewegen kann, dann ist es sehr wohl einer.

Mir macht diese Arbeit Spaß, das ist entscheidend. Und wichtig ist auch, nie zu vergessen, dass man nur auf Zeit gewählt ist. Man muss immer einen Plan B im Kopf haben, um nicht abhängig zu werden von einem Mandat.

Ich finde, Politiker sind unterbezahlt und überversorgt. Die meisten von uns arbeiten sehr viel. Ich selbst komme in Sitzungswochen sicher auf 80 bis 90 Arbeitsstunden. Da bleibt nicht viel Freizeit übrig. Und das erträgt man nur, denke ich, wenn man eine Arbeit wirklich gern macht.«

Ein Traumjob, Herr Tauss?

»Für einen politischen Menschen ist es sicher ein Traumjob. Man hat trotz vieler Belastungen quasi eine selbstständige Tätigkeit. Vor allem außerhalb der Sitzungswochen kann ich frei bestimmen, welche Prioritäten ich setze. Ich erfahre als Abgeordneter viel, ich lerne viel kennen. Die Arbeit lässt Freiräume und vor allem auch Gestaltungsspielräume. Freizeit vermisse ich eigentlich nicht oder höchstens gelegentlich.

Ich bin mal ein paar Jahre als freier Journalist um die halbe Welt gereist, habe Wildnistouren von Madagaskar bis Alaska hinter mir. Ich habe nicht das Gefühl, im Leben etwas versäumt zu haben.

Mir macht das, was ich hier vor allem auf meinen Arbeitsgebieten Bildung, Forschung und Medien tun kann, durchaus Spaß. Und wenn man selbstständig arbeiten kann, selbstbestimmt dazu, wird Arbeit weniger als Belastung empfunden. Ich arbeite im Schnitt 10 bis 12 Stunden, oft aber auch mehr am Tag, vor allem hier in Berlin. Als belastend empfinde ich eher die Tatsache, wenn man nach einer richtig guten Berlin-Woche im Wahlkreis das Gegenteil in der Presse liest.«

Ein Traumjob, Herr Hettlich?

»Mein Traumjob war eigentlich immer, in der Landwirtschaft zu arbeiten. Ich habe nie daran gedacht, Politiker zu werden. Die Ausbildung zum Landwirt und das Studium der Agrarwissenschaften in Bonn war schon ein Wunschstudium und keine pragmatische Entscheidung.

Ich finde auch nicht, dass Politiker zu sein ein Traumjob ist. Man kann einiges erreichen, manches verändern und wenn man gut ist, etwas in Bewegung bringen. Das macht eine Arbeit sicher gut und erstrebenswert. Vor allem dann, wenn sie nicht langweilig wird, die Herausforderungen sich immer wieder ändern.

Ich bin ja relativ spät in die Politik gegangen, mit 43 Jahren. Das finde ich gut, denn ich hatte schon viel vom Leben kennen gelernt. Ich komme aus der Praxis, habe in der Wirtschaft gearbeitet. Vieles von dem, worüber ich hier im Bundestag zu entscheiden habe, ist mir also aus eigener Erfahrung bekannt und vertraut. Das sind gute Voraussetzungen auch dafür, dass eine Arbeit zum Traumjob wird.«



EIN TRAUMJOB?

3. Sequenz

**Schreibe auf, was du unter einem Traumjob verstehst!
Äußere dich dabei unbedingt zu folgenden Bereichen:**

Entlohnung

Arbeitszeit

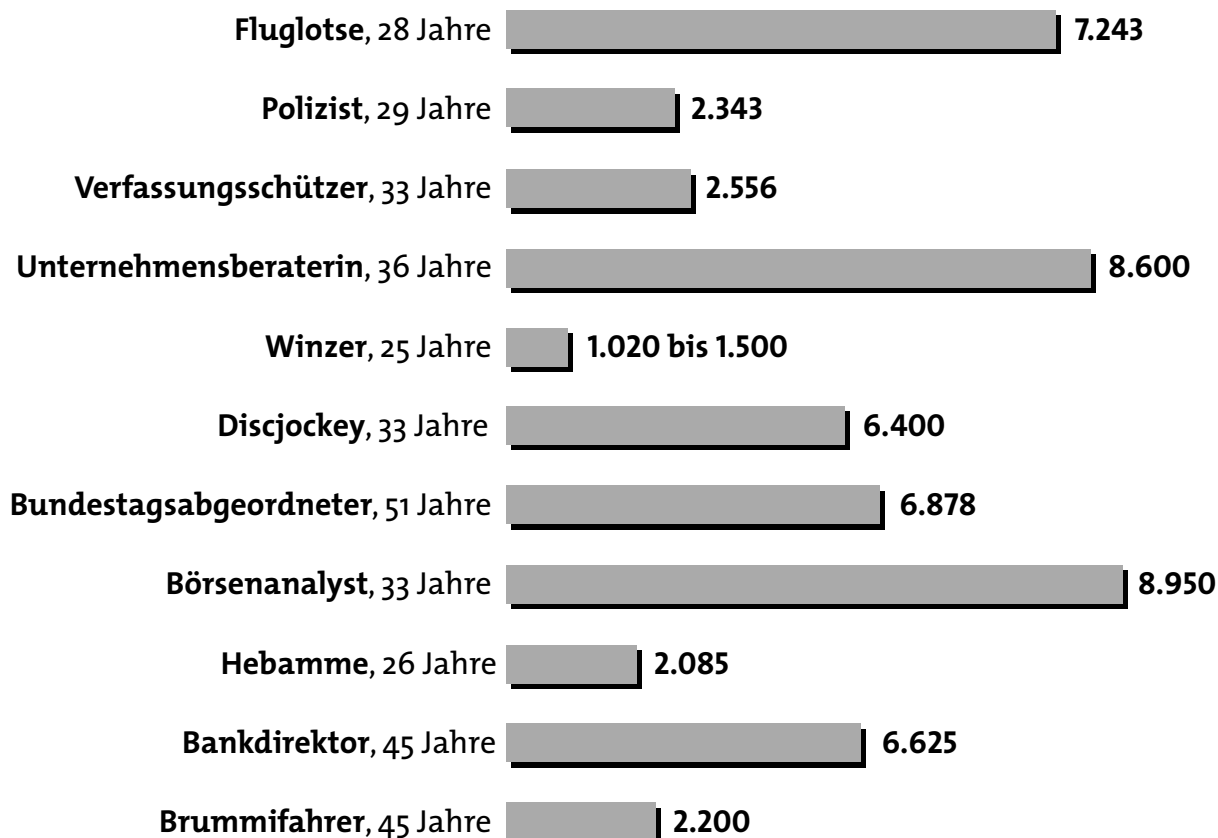
Freizeit

Sinngebung

Familienfreundlichkeit



Was verdient man in verschiedenen Berufen?



Monatsgehälter im Jahr 2002

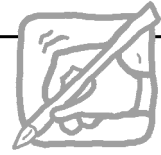
Bruttoangaben in Euro



Wochenablauf Jörg Tauss, MdB

	Montag	Dienstag	Mittwoch
7 Uhr			
7,30 Uhr			Frühstück mit parl. Staatssekretär und Grünen/ Vorbereitung Ausschusssitzung*
8 Uhr		Koordinierungsgespräch „Innovationsoffensive“ mit stv. Fraktionsvorsitzendem	
8,30 Uhr			Obleutesitzung Bildung und Forschung*
9 Uhr	Mitarbeiterbesprechung AG Kultur und Medien*	Sitzung AG Bildung und Forschung*	Ausschuss Bildung und Forschung* anschl. Innenausschuss
9,30 Uhr			
10 Uhr	Büro, u. a. Vorbereitung Rede Donnerstag im Plenum		
10,30 Uhr			
11 Uhr			
11,30 Uhr			
12 Uhr	Mitarbeiterbesprechung AG Bildung und Forschung*		Mittagessen mit Studierendenvertretern/Juso-Hochschulgruppen
12,30 Uhr			
13 Uhr	Gespräch Generalsekretär Deutsches Studentenwerk	Sitzung AG Kultur und Medien*	Fragestunde Plenarsaal*
13,30 Uhr			
14 Uhr			
14,30 Uhr	Anhörung Ausschuss Wirtschaft und Arbeit „Telekommunikationsgesetz“		
15 Uhr		Fraktionssitzung* (am Rande Fraktion: Koordination Bundestagsantrag „Ressortforschung“)	Ausschuss Kultur und Medien*
15,30 Uhr			
16 Uhr			
16,30 Uhr			
17 Uhr	Sitzung Fraktionsvorstand*		
17,30 Uhr			Gespräch Kanzleramt, Thema Innovationsoffensive
18 Uhr			
18,30 Uhr			
19 Uhr		Parlamentarischer Abend Telekommunikationsfirmen	Parlamentarischer Abend Linux
19,30 Uhr	Landesgruppe Baden-Württemberg, Landesvertretung*		
20 Uhr			Koalitionsrunde im Bundesministerium für Bildung und Forschung
20,30 Uhr			
21 Uhr		ggf. noch vorbeischaun: Parl. Abend Urheberrecht	
21,30 Uhr			

(* = sich ständig wiederholende Termine)



Beispiel anhand einer Sitzungswoche

Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag
Frühstück mit Vertretern Medienbranche, Thema „Mediendatenschutz“*	Parlamentariergruppe „Süd-kaukasus“, Georgien, Armenien, Aserbaidschan		
Beginn Sitzung Bundestag/ Plenarsaal*	Beginn Sitzung Bundestag/ Plenarsaal		
			Frühschoppen Senioren Bretten
Rede zum Thema „Weltgipfel Informationsgesellschaft“	Gespräch Bundesbeauftragter Datenschutz		
Mittagessen mit Firma Siemens/ Thema „Vernetztes Klassenzimmer“			
Gespräch Journalisten, Thema „Hochschulfinanzierung“	Mittagessen mit Besuchergruppe/ Landesvertretung Baden-Württemberg		
Obleutegespräch „Neue Medien“** Sitzung Unterausschuss „Neue Medien“**	Gespräch mit Referenten/Büro		Winterfeier Ortsverein Pfinztal, Berghausen (Kulturhalle)
	Empfang Humboldt-Uni Berlin	Empfang SPD-Ortsverein Bruchsal, Obergrombach	
Immunitäts- u. Geschäftsordnungsausschuss*			Flug Mannheim–Berlin
Empfang „Deutsche Forschungsgemeinschaft“ (DFG), Wissenschaftsforum		100 Jahre Rotes Kreuz, Festabend	Büro Berlin
	Rückflug Berlin–Mannheim		
ggf. noch vorbeischaun: Ausstellungseröffnung Parlamentarische Gesellschaft			



Wochenablauf Jörg Tauss, MdB

	Montag	Dienstag	Mittwoch
7 Uhr			
7:30 Uhr			
8 Uhr			
8:30 Uhr			
9 Uhr		Gespräch Forschungszentrum Karlsruhe, junge Bio-Tech Firma	(DB Fahrt Bochum-Köln) Besuch DLR-Köln, Besichtigung, Gespräch Vorstand, Thema: Raumfahrtforschung (anschl. Rückreise DB nach Frankfurt/M.)
9:30 Uhr			
10 Uhr	Gespräch Mitarbeiter Wahlkreisbüro		
10:30 Uhr			
11 Uhr	Bürgersprechstunde	Abfahrt Köln, nachm. Rede „Datenschutzkongress“, Messe Köln (anschl. Weiterfahrt DB nach Bochum)	
11:30 Uhr			
12 Uhr			
12:30 Uhr			
13 Uhr	Gespräch ZKM Karlsruhe		
13:30 Uhr			
14 Uhr			
14:30 Uhr	Telefonat Bürgermeister wg. Gewerbsteuer		
15 Uhr			Gespräch IG Metall-Vorstand, Innovation und Beschäftigung (anschl. Rückreise Karlsruhe)
15:30 Uhr			
16 Uhr			
16:30 Uhr			
17 Uhr	Gespräch Geothermie, Büro		
17:30 Uhr			
18 Uhr		Kuratorium Görtz-Stiftung Uni Bochum, Gästehaus Uni (Übernachtung Bochum)	
18:30 Uhr			
19 Uhr	Sitzung „Wissenschaftsforum Baden-Württemberg“, Stuttgart		
19:30 Uhr			
20 Uhr			
20:30 Uhr			
21 Uhr			
21:30 Uhr			

(* = sich ständig wiederholende Termine)



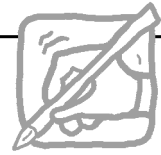
Beispiel anhand einer Nichtsitzungswoche

Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag
Bürotermin Karlsruhe	(Fahrt nach München) Uhr Besuch Fraunhofer-Zentrale München, anschl. Garching, Max- Planck Fusionsforschung	SPD-Landesvorstand, Stuttgart, Anträge Landesparteitag Bildung	Empfang Stadt Kraichtal, Gochsheim
Mittagessen Fachhochschulrektorenkonferenz			
Interview „Deutschlandfunk“, Thema Studiengebühren			
	Gespräch „Münchener Medientage“, „Medien- und Kommunikationsordnung“ (Rückreise Karlsruhe)		
Vorbesprechung SPD- Kreisvorstand, Karlsdorf-N.			Flug Mannheim–Berlin
SPD-Kreisvorstand Karlsruhe- Land, Karlsdorf			Vorgespräch Reform „Berufsbildungsgesetz“



Wochenablauf Christoph Hartmann, MdB

	Montag	Dienstag	Mittwoch
7 Uhr			
7.30 Uhr			
8 Uhr			Besuch Schule
8.30 Uhr			
9 Uhr	Bürobesprechung Wahlkreisbüro	Büro	
9.30 Uhr			
10 Uhr		Treffen Handwerkskammer	Rede für Landesparteitag
10.30 Uhr			
11 Uhr	Montagsrunde (Landesgeschäftsstelle)		Pressekonferenz
11.30 Uhr			
12 Uhr		Rede für Landesparteitag schreiben	
12.30 Uhr			
13 Uhr	gesch. Landesvorstand	Mittagessen mit Kompetenzteam	Mittagessen französ. Konsulat
13.30 Uhr			
14 Uhr			
14.30 Uhr			
15 Uhr	Betriebsbesichtigung	Treffen mit Interessenvertreter	Treffen mit Interessenvertreter
15.30 Uhr			
16 Uhr		Treffen mit Werbeagentur	Betriebsbesichtigung
16.30 Uhr			
17 Uhr	Büro		
17.30 Uhr			
18 Uhr	Rede für Landesparteitag schreiben	Büro	Vorbereitung Veranstaltung Bildungspolitik
18.30 Uhr			
19 Uhr			
19.30 Uhr			
20 Uhr	Kreisvorstand SB	Kreisparteitag St. Wendel	Veranstaltung Bildungspolitik
20.30 Uhr			
21 Uhr			
21.30 Uhr			



Beispiel anhand einer Nichtsitzungswoche

Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag
Treffen Wirtschaftsminister Bundesverkehrswegeplan	Büro	Rede für Landesparteitag	Landesparteitag
Koordinationsstreffen mit CDU	Treffen Landesmedienanstalt		
Koordinationsstreffen mit SPD		Besuch Ort Landesparteitag	
Treffen Steuerberaterkammer	Treffen mit Interessenten		
		Rede für Landesparteitag	
Büro	Betriebsbesichtigung		
		Eröffnung Dorffest	
	Treffen mit Interessenten		
			geselliges Beisammensein
Bürgersprechstunde	Büro	Geburtstag Landesvorstandsmitglied	Freizeit
Ortsvorstand Homburg	Kreisvorsitzendenrunde		



WOCHENABLAUF

3. Sequenz

DEUTSCHER BUNDESTAG PARLAMENTSTERMINE



2004

Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
1 Do Heiligabend	1 So	1 Mo	1 Do	1 Sa Tag der Arbeit	1 Di	1 Do	1 So	1 Mi	1 Fr	1 Mo Abendgala	1 Mi
2 Fr	2 Mo	2 Di	2 Fr	2 So	2 Mi	2 Fr	2 Mo	2 Do	2 Sa	2 Di	2 Do
3 Sa	3 Di	3 Mi	3 Sa	3 Mo 19	3 Do	3 Sa	3 Di	3 Fr	3 So Tag der Deutschen Einheit	3 Mi	3 Fr
4 So	4 Mi	4 Do	4 So	4 Di 4 Fr	4 Mo	4 So	4 Mo	4 Sa	4 Mo	4 Do	4 Sa
5 Mo	5 Do	5 Fr	5 Mo	5 Mi	5 Sa	5 Mo	5 Do	5 So	5 Di	5 Fr	5 So 2. Advent
6 Di	6 Fr	6 Sa	6 Di	6 Do	6 So	6 Di	6 Fr	6 Mo	6 Mi	6 Sa	6 Mo
7 Mi	7 Sa	7 So	7 Mi	7 Mo	7 Do	7 Mi	7 Sa	7 Di	7 Do	7 So	7 Di
8 Do	8 So	8 Mo	8 Do	8 Sa	8 Di	8 Do	8 So	8 Mi	8 Fr	8 Mo	8 Mi
9 Fr	9 Mo	9 Di	9 Fr	9 So Kürchentag	9 Mi	9 Fr	9 Mo	9 Do	9 Sa	9 Do	9 Do
10 Sa	10 Di	10 Mi	10 Sa	10 Mo 20	10 Do Ferienbeginn	10 Sa	10 Di	10 Fr	10 So	10 Mi	10 Fr
11 So	11 Mi	11 Do	11 So	11 Di	11 Fr	11 Mo	11 Do	11 Sa	11 Mo	11 Do	11 Sa
12 Mo	12 Do	12 Fr	12 Mo	12 Mi	12 Sa	12 Mo	12 Do	12 So	12 Di	12 Fr	12 So 3. Advent
13 Di	13 Fr	13 Sa	13 Di	13 Do	13 So Weihnachtsferienbeginn	13 Di	13 Fr	13 Mo	13 Mi	13 Sa	13 Mo
14 Mi	14 Sa	14 So	14 Mi	14 Fr	14 Mo	14 Mi	14 Sa	14 Di	14 Do	14 So Weihnachtsfest	14 Di
15 Do	15 So	15 Mo	15 Do	15 Sa	15 Di	15 Do	15 So	15 Mi	15 Fr	15 Mo	15 Mi
16 Fr	16 Mo	16 Di	16 Fr	16 So	16 Mi	16 Fr	16 Mo	16 Do	16 Sa	16 Di	16 Do
17 Sa	17 Do	17 Fr	17 Sa	17 Mo	17 Do	17 Sa	17 Di	17 Fr	17 So	17 Mi Einführung	17 Fr
18 So	18 Mi	18 Do	18 So	18 Di	18 Fr	18 So	18 Mo	18 Sa	18 Mo	18 Do	18 Sa
19 Mo	19 Do	19 Fr	19 Mo	19 Mi	19 Sa	19 Mo	19 Do	19 So	19 Di	19 Fr	19 So 4. Advent
20 Di	20 Fr	20 Sa	20 Di	20 Do Heiligabend	20 So Silvesterabend	20 Di	20 Fr	20 Mo	20 Mi	20 Sa	20 Mo
21 Mi	21 Sa	21 So	21 Mi	21 Fr	21 Mo	21 Mi	21 Sa	21 Do	21 Do	21 So Neujahrstag	21 Di Weihnachtsfest
22 Do	22 So	22 Mo	22 Do	22 Sa	22 Di	22 Do	22 So	22 Mi	22 Fr	22 Mo	22 Mi
23 Fr	23 Mo	23 Di	23 Fr	23 So Weihnachtsferienende	23 Mi	23 Fr	23 Mo	23 Do	23 Sa	23 Di	23 Do
24 Sa	24 Do	24 Fr	24 Sa	24 Mo	24 Do	24 Sa	24 Di	24 Fr	24 So	24 Mi	24 Fr
25 So	25 Mi	25 Do	25 So	25 Di	25 Fr	25 So	25 Mo	25 Sa	25 Mo	25 Do	25 Sa
26 Mo	26 Do	26 Fr	26 Mo	26 Mi	26 Sa	26 Mo	26 Do	26 So	26 Di	26 Fr	26 So 2. Weihnachtstag
27 Di	27 Fr	27 Sa	27 Di	27 Do	27 So	27 Di	27 Fr	27 Mo	27 Mi	27 Sa	27 Mo
28 Mi	28 So	28 Mo	28 Mi	28 Fr	28 Mo	28 Mi	28 Do	28 Di	28 Do	28 So 1. Advent	28 Di
29 Do	29 Mo	29 Di	29 Do	29 Sa	29 Di	29 Do	29 So	29 Mi	29 Fr	29 Mo	29 Mi
30 Fr	30 Do	30 Di	30 Fr	30 So Ferienbeginn	30 Mi	30 Fr	30 Mo	30 Do	30 Sa	30 Di	30 Do
31 Sa	31 Mi	31 Do	31 Sa	31 Mo Ferienende	31 Di	31 Sa	31 Do	31 So	31 So Ferienende	31 Do	31 Fr Silvester

Land	Wahltermin	Wahlzeitpunkt	Wahlzeitpunkt	Wahlzeitpunkt	Wahlzeitpunkt	Wahlzeitpunkt	Wahlzeitpunkt	Wahlzeitpunkt	Wahlzeitpunkt	Wahlzeitpunkt	Wahlzeitpunkt
Baden-Württemberg	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.
Berlin	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.
Brandenburg	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.
Bayern	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.
Hessen	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.
Niederrhein	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.
Niedersachsen	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.
NRW	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.
Oldenburg	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.
Mecklenburg-Vorpommern	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.	22.12.-23.01.



Die hier vorliegenden Bausteine für die Politische Bildung über die Arbeit des Deutschen Bundestages sind jeweils in sich abgeschlossene und selbstständig zu unterrichtende Unterrichtsreihen. Sie wurden von Fachlehrern für Politische Bildung erarbeitet und erprobt. Jede dieser Unterrichtsreihen ist in Anlehnung an eines der Sonderthemen des Magazins „Blickpunkt Bundestag“ entstanden, die den Ausgaben der Bausteine als Basisinformation zum behandelten Sonderthema beiliegen.

Im Einzelnen enthalten die Bausteine zu jedem Sonderthema folgende Bestandteile:

1. die aus dem Sonderthema des Magazins „Blickpunkt Bundestag“ gewonnenen **Materialien für den Unterricht einschließlich geeigneter Arbeitsaufträge**; zum Teil werden zur Umsetzung der vorgeschlagenen Stundenverläufe zusätzliche Materialien zum Einsatz kommen;
2. die **Thematisierung** der Sequenz wie auch der Einzelstunden dergestalt, dass sowohl die Sachgegenstände der einzelnen Stunden wie auch die an sie zu richtenden Leitfragen vorformuliert sind;
3. die Festlegung der **didaktischen Zugangsweise** als der grundsätzlichen Organisation des Lernprozesses; Beispiele für didaktische Zugangsweisen sind Handlungsorientierung, Kontroversität, Problemorientierung, Differenzierung, Exemplarität usw.;
4. den **Basaltext**; er ist gedacht als Zusammenfassung des Stundeninhalts aus Schülersicht in Schülersprache, kann aber auch zur Information des Lehrers über den Sachgegenstand dienen;
5. einen **didaktisch-methodischer Kommentar**; er erläutert, wie mit dem Sachgegenstand im Unterricht umgegangen werden soll, damit der Inhalt des Basaltextes tatsächlich an die Schüler vermittelt werden kann; der Lehrer erfährt hier, weshalb eine bestimmte Stundenstruktur sinnvoll ist, wie beispielsweise ein Urteilsprozess strukturiert werden sollte sowie wann welche Materialien auf welche Art und Weise zum Einsatz gebracht werden sollen;

6. der Stundenfigur angepasste **Strukturierungshilfen** in Form von Tafelbildern, Flussdiagrammen oder Mind-Maps, welche die angestrebten Lerninhalte für Lehrer und Schüler überschaubar machen.



Aus den genannten Bestandteilen ist der gedachte Unterrichtsverlauf für den geübten Politiklehrer ohne größere Mühe ersichtlich. Da die Unterrichtsstunden jedoch auf einem speziellen und neu entwickelten Modell der Urteilsbildung beruhen, empfehlen wir, vor dem ersten Einsatz der Bausteine für den Politikunterricht die folgenden Erläuterungen gründlich durchzulesen.



Der Politikunterricht in der fachdidaktischen Diskussion

Schulgesetze und Rahmenpläne der deutschen Bundesländer definieren es als zentrales Ziel schulischer Ausbildung, die heranwachsenden jungen Menschen zu selbstständigen und mündigen Bürgern zu erziehen, ihnen Kenntnisse und Fähigkeiten zu vermitteln, die sie in die Lage versetzen, im Widerstreit der Meinungen in unserer Demokratie fremde Standpunkte zu verstehen und ihnen gegenüber einen eigenen und unabhängigen Standpunkt definieren und vertreten zu können.

So einfach sich dies anhört, so schwierig ist es im Schulalltag immer wieder, dieses Ziel zu verwirklichen. Lehrer verweisen den Schülern gegenüber häufig vergeblich auf die Notwendigkeit, bestimmte Positionen argumentativ zu stützen, also Argumente für eine bestimmte Ansicht zu nennen. Auch zeigen sich Schüler bei der schriftlichen Erörterung häufig überfordert, den geschilderten Urteilsprozess sprachlich angemessen abzubilden und ihre Gedanken so zu formulieren, dass klar und deutlich nachvollziehbare Aussagen für den korrigierenden Lehrer dabei herauskommen.

Bei genauerem Hinsehen ergeben sich die meisten Schwierigkeiten für Schüler und Lehrer aus der **tatsächlich gegebenen, komplizierten Struktur von Urteilsvorgängen**. Das hier präsentierte didaktische Modell der Urteilsbildung¹ stellt den Versuch dar, die komplexe Struktur eines jeden Urteilsprozesses in seine einzelnen, unabdingbaren Bestandteile zu zergliedern und dem zum Urteil aufgeforderten Schüler damit klar zu machen, welche Komponenten er beachten muss, um seinen eigenen Standpunkt klar nachvollziehbar zum Ausdruck bringen zu können.

Seit der Mitte der Siebzigerjahre normieren die Regelungen des Beutelsbacher Konsenses das Nachdenken der Fachdidaktik über einen guten Politikunterricht. In seinen wichtigsten Bestimmungen sah der Beutelsbacher Konsens vor, dass der unterrichtende Lehrer 1. einen in der politischen oder historischen Wirklichkeit kontrovers diskutierten Sachverhalt seinen Schülern gegenüber auch kontrovers abzubilden habe, dass er 2. seinen Vorsprung an Kenntnissen und Fertigkeiten nicht dazu nutzen dürfe, die Schüler im Sinne eigener Anschauungen zu vereinnahmen (Überwältigungsverbot), weil 3. seine eigentliche Auf-

gabe darin bestehe, die Schüler im Sinne ihrer eigenen Interessenlage politisch handlungsfähig zu machen. In seinem Kern forderte der Beutelsbacher Konsens damit die Förderung der Urteilsfähigkeit der zu unterrichtenden Schüler. Nicht die Gesinnung des Lehrers, sondern die Klärung unterschiedlichster Standpunkte zu einer Sachfrage, denen gegenüber der Schüler selbst Stellung beziehen sollte, rückte ins Zentrum des demokratischen Politikunterrichts.

Mit Blick auf die drei Anforderungsbereiche schulischen Lernens (Kennen – Anwenden – Beurteilen) war damit die zentrale Zielsetzung des politischen Unterrichts von vornherein im höchsten Anforderungsbereich angesiedelt. Vom Schülerurteil über einen politischen Sachgegenstand wurde verlangt, dass es auf einer gesicherten Kenntnisbasis beruhte (Anforderungsbereich 1: Kennen), die eingehende Analyse vorhandener Positionen zum Sachgegenstand in den Urteilsprozess mit einbezog (Anforderungsbereich 2: Anwenden) und schließlich in einer schülerindividuellen Standortbestimmung gegenüber dem Sachgegenstand gipfelte (Anforderungsbereich 3: Urteilen). Der Prozess der Urteilsfindung bei Schülern sollte dabei seiner Struktur nach folgende Schritte durchlaufen: Vom zunächst vorhandenen Vorausurteil über den Sachgegenstand (in seiner vagen Unbestimmtheit gekennzeichnet durch Schülerformulierungen wie „ich meine“ oder „ich finde“) soll über ein gesichertes Fundament an politisch ausgewogenem Faktenwissen ein Sachurteil möglich gemacht werden („So ist es!“ oder – bei politisch strittigen Fragen – „So denken die verschiedenen Parteien darüber!“ und „Hier liegt das Problem!“), bevor der Schüler seine individuelle und begründete (aus seiner Sicht: „begründbare“) Stellungnahme zum Sachgegenstand vollzieht (Werturteil).

Bis hierher hatte man aus dem Beutelsbacher Konsens ausschließlich Anforderungen an den modernen Politikunterricht abgeleitet, deren anspruchsvolle Umsetzung durch den Lehrer der weiteren fachdidaktischen Unterstützung bedurfte. Bei eben dieser Umsetzung fachdidaktischer Ansprüche in für Lehrer planbaren und durchführbaren Unterricht hat das Kategorienmodell Peter Massings unschätzbare Dienste

¹) Das zugrunde liegende didaktische Konzept der Urteilsbildung wurde unter der Fachseminarleitung von Herrn Jörg Kayser im Fachseminar Geschichte/Sozialkunde/Politische Weltkunde des 3. Schulpraktischen Seminars Berlin-Pankow erarbeitet. Vgl. auch: Elena Demke, Jörg Kayser (Hg.) Jugendliche in der Ära Honecker – vereinnahmt oder eigensinnig? Berlin 2002.



geleistet.² Um fremde Standpunkte klar erkennen und voneinander unterscheiden zu können, hat Massing einige integrale Bestandteile eines rationalen Urteils benannt, welche im Urteilsprozess voneinander gesondert ausgewiesen werden müssen. Diese Komponenten sollen im Folgenden dargelegt werden:

Zunächst einmal muss allen Beteiligten (einer Diskussion, aber auch eines in den Urteilsprozess mündenden Unterrichtsverlaufs) klar sein, worüber genau man sich eigentlich unterhalten will. Dies verlangt die allgemeine Verständigung auf einen präzise festgelegten **Sachgegenstand**. Der Sachgegenstand ist das, was landläufig das Thema der Unterrichtsstunde, das Thema eines Aufsatzes oder das Thema einer Diskussion genannt wird. Man legt mit dem Benennen des Sachgegenstandes fest, worum es in der folgenden Erörterung gehen soll. Dies hört sich zunächst selbstverständlich an. Folgt man jedoch Diskussionen, wie sie im Unterricht oder gar im politischen Raum stattfinden, stellt man immer wieder fest, dass einzelne Teilnehmer einer Diskussion das Thema wechseln, sich also weigern, beim verabredeten Sachgegenstand zu bleiben. Vor diesem Hintergrund muss ein Lehrer als Nörgler erscheinen, der seinem Schüler in einer Klausur zum Vorwurf macht, „das Thema verfehlt“ zu haben. Mit Blick auf die verschiedenen Komponenten der Urteilsbildung, die alle eng miteinander verzahnt sind, wird für den Schüler jedoch nachvollziehbar, welche weit reichenden Konsequenzen für den Urteilsprozess es haben muss, wenn man sich nicht an den festgelegten Sachgegenstand hält.

Des Weiteren muss klar sein, welches Interesse gegenüber dem Sachgegenstand man verfolgt oder welche Frage man an ihn richten will. In der Unterrichtssituation folgt daraus die Festlegung einer Leitfrage. Mit der **Leitfrage** an den Sachgegenstand legt man in der ersten Phase des Unterrichts fest, was man über den Sachgegenstand herausfinden will. Da sich über einen Sachgegenstand häufig die verschiedensten Fragen erörtern ließen, ist es wichtig, das zentrale Interesse, das man in der Stunde verfolgt, am Anfang festzulegen. Anschließend sollen sich alle Schüler ausschließlich zu dieser Frage äußern; abweichende Schüleraussagen müssen unter Hinweis auf Sachgegenstand und

Leitfrage zurückgewiesen werden, da sie den Urteilsprozess behindern und verwirren würden.

Im Zusammenhang mit dem Festlegen der Leitfrage ist auch die Tatsache zu beachten, dass das zentrale Erkenntnisziel der Stunde als Frage formuliert wird! Es geht im Unterricht nicht darum, den Schülern vorgefertigte Weisheiten zu vermitteln, sondern sie einen eigenen Standpunkt gegenüber dem Sachgegenstand erarbeiten zu lassen. Jeder Schüler beantwortet somit die gestellte Frage individuell, je nachdem, welche Argumente er am überzeugendsten findet.

In jedem ausgewogenen Urteilsprozess müssen die prinzipiell vorhandenen unterschiedlichen Sichtweisen in Bezug auf die zentrale Fragestellung berücksichtigt werden. Im Politikunterricht entspricht diese Forderung der oben bereits thematisierten Meinungsvielfalt in der demokratischen Gesellschaft. Im Umgang mit dem Urteilsmodell kommt es für den Schüler darauf an, dass er bestimmte Antworten auf eine Frage bewusst mit ihrem Urheber verknüpfen kann. Verlangt man vom Schüler in der Aufgabenstellung eine persönliche Stellungnahme, fügt er unter der Komponente **Perspektiven** folgerichtig den Eintrag „ich selbst“ hinzu.

Antworten auf eine Leitfrage enthalten nun prinzipiell zwei weitere Komponenten, die klar ausgewiesen werden müssen, um unterschiedliche Standpunkte klar voneinander trennen zu können: Kategorien und Betrachtungsebenen.

Kategorien werden dabei verstanden als Erkenntnisleitende Oberbegriffe oder Fragestellungen, die ihrerseits durch Kriterien definiert werden müssen. Sehr häufig sind die Kategorien einer Unterrichtsstunde in der Leitfrage an den Sachgegenstand enthalten. Für den Bereich der Politik ergeben sich die zum Sachurteil führenden Zweckkategorien, die nach der Effizienz politischen Handelns fragen, sowie die das Werturteil anbahnenden Wertkategorien, die seine Legitimität prüfen.

Beim Festlegen der **Kriterien** muss jeder Urteilende Auskunft darüber geben, was er unter seinen jeweils leitenden Oberbegriffen versteht; hier werden Argumente und Begründungen für die mit den Kategorien vorgenommene Einschätzung angeführt. Bei der

²) Peter Massing. Kategorien politischen Urteilens und Wege zur politischen Urteilsbildung. In: Politische Urteilsbildung. Aufgabe und Wege für den Politikunterricht. Hrsg. v. Bundeszentrale für Politische Bildung. Bonn 1997, S.115–131.



DIDAKTISCHE VORBEMERKUNGEN

Erarbeitung eines Sachurteils geht es darum, fremde Kriterien (= Argumente) in Bezug auf die leitende Fragestellung (= Kategorie) aus bereits vorhandenen Stellungnahmen herauszuarbeiten. Die im geistes- und gesellschaftswissenschaftlichen Unterricht traditionelle Textarbeit findet in dieser Phase des Unterrichts statt. Insofern erfindet das vorgestellte Modell der Urteilsbildung keine neuen Verfahrensweisen; es gibt vielmehr dem, was ohnehin stattfindet, Struktur und macht es somit überschaubar!

Da der Schüler abschließend grundsätzlich zur eigenen Stellungnahme (Werturteil) aufgefordert werden soll, muss er sich gegenüber den genannten Argumenten positionieren, indem er sie entweder für sich übernimmt oder mithilfe von eigenen, abweichenden Argumenten einen neuen Standpunkt begründet.

Eine ungemein wichtige Komponente im Urteilsprozess stellen die **Betrachtungsebenen** dar. Sie stehen in sehr engem Zusammenhang mit den Kriterien, und zwar insofern, als man mit ihnen die zur Kategorie erarbeiteten Kriterien in Gruppen sortiert und verschiedenen Bereichen zuordnet. Es macht den Urteilsprozess nämlich zusätzlich transparent, wenn man bestimmen kann, vor welchem Hintergrund der Sachgegenstand behandelt und beurteilt wird oder – der eigenen Meinung zufolge – beurteilt werden sollte. In diesem Sinne sind Betrachtungsebenen im politischen Raum beispielsweise „Wirtschaft“, „Recht“, „Umwelt“, „Soziales“ usw.

Zusammenfassung

Das vorgestellte Modell der Urteilsbildung mag auf den ersten Blick kompliziert erscheinen. In Wahrheit weist es mit seiner Forderung, die unabdingbar zu einem nachvollziehbaren Urteilsprozess gehörigen Komponenten zu beachten, nur auf die in jedem Fall gegebene komplexe Struktur von Urteilsvorgängen hin. Es macht diese jedoch überschaubar, indem es vom Urteilenden verlangt, sich mit jeder einzelnen Komponente auseinanderzusetzen.

Anhand von Kategorien (mitsamt den ihnen zugeordneten Kriterien) und Betrachtungsebenen,

auf die sie sich beziehen, werden unterschiedliche Standpunkte (Perspektiven) zum Sachgegenstand unter der verabredeten Fragestellung nachvollziehbar. Die Schüler können individuell entscheiden, welchem der vorgegebenen Standpunkte sie sich anschließen wollen oder sogar – unter Hinzufügung neuer Kategorien oder Betrachtungsebenen – einen abweichenden Standpunkt einnehmen. Dabei steht in allen Schritten die Transparenz des fremden wie des eigenen Urteilsprozesses im Mittelpunkt, aus der sich in jedem Fall die gewünschte Standortbestimmung des Schülers ergibt.

Aus der gedanklichen Transparenz folgt häufig eine spürbar verbesserte Fähigkeit der Schüler, komplexe Gedankengänge zum Ausdruck zu bringen. Auch der Motivationsfaktor ist in Anbetracht der Tatsache nicht zu unterschätzen, dass der Schüler merkt, dass es auf ihn und auf seine eigene Meinung ankommt. Es macht ihm bald Freude, sich den geforderten Standpunkt gegenüber dem Sachgegenstand zu erarbeiten, weil er erkennt, dass er dabei zu schlüssigen Resultaten gelangt. Er ist nicht länger darauf angewiesen, „zu meinen“ und „zu finden“, um im Anschluss an eine solche Meinungsäußerung vom Lehrer oder durch den weiteren Unterrichtsverlauf erfahren zu müssen, dass der geäußerte Standpunkt argumentativ wenig gesichert gewesen ist und außerdem wichtige Perspektiven, Betrachtungsebenen oder Zeitebenen außer Acht gelassen wurden. Der Schüler weiß vielmehr, was von ihm verlangt wird, wenn er zum Urteilen aufgefordert wird, und er kann einschätzen, wann er dabei zu einem gültigen Resultat gelangt ist.

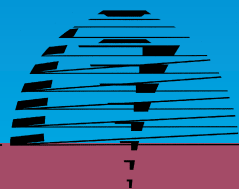
Das macht Schüler auf Dauer selbstbewusst und bereit, ihre Meinung – nicht nur im Unterricht – zu vertreten.



Berlin

Senatsverwaltung für
Bildung, Jugend und Sport

Landesinstitut für
Schule und Medien



DEUTSCHER BUNDESTAG